

„Euratom, die Kommission und der Schutz der Menschen" in Tageblatt

Legende: Dans cet article paru en mars 2004 dans le quotidien luxembourgeois Tageblatt, Ben Fayot, député du Parti ouvrier socialiste luxembourgeois (POSL/LSAP), plaide pour la dérogation du Traité Euratom à une époque où les priorités de la politique énergétique ne sont plus du tout les mêmes qu'en 1957.

Quelle: Tageblatt. Zeitung fir Lëtzebuerg. 24.03.2004. Esch-sur-Alzette: Éditpress.

Urheberrecht: (c) Editpress Luxembourg/Tageblatt

URL: [http://www.cvce.eu/obj/euratom_die_kommission_und_der_schutz_der_menschen"_in_tageblatt-de-bd13e091-944a-42a2-a8df-7aa709c9f7db.html](http://www.cvce.eu/obj/euratom_die_kommission_und_der_schutz_der_menschen)

Publication date: 18/09/2012

Standpunkt

Euratom, die Kommission und der Schutz der Menschen

Ben Fayot *

In Zeiten des Terrorismus und der grenzübergreifenden Kriminalität kommt der Schutz der Menschen in einer komplexen und hoch technisierten Welt vor allen anderen Überlegungen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die zivile Nutzung der Nuklearenergie. Einige Länder Europas haben sich dieser Energie verschrieben, Luxemburg dagegen hat glücklicherweise den Einstieg nie gewagt.

Dennoch hat Luxemburg den Euratom-Vertrag 1957 mitunterschrieben. Dieser Vertrag war als Motor für die Entwicklung der zivilen Nuklearindustrie gedacht. Heute ist er angesichts der vielen Vorbehalte, die es überall in Europa gegen die Nuklearindustrie gibt, der vielen Probleme der Entsorgung und des Schutzes, nicht mehr zeitgemäß. Er muss abgeschafft werden.

Sodann geht es heute um eine andere Energiepolitik in Europa als 1957. Die neue Energiepolitik muss auf Nachhaltigkeit aufgebaut werden.

Und schließlich geht es um den Schutz der Bevölkerung. Sogar wenn der Euratom-Vertrag abgeschafft wird, müssen auf jeden Fall die Schutz- und Kontrollbestimmungen, die im Euratom-Vertrag enthalten sind, erhalten bleiben und sogar verstärkt werden. Wie hält die Kommission es mit dem Schutz der Bevölkerung? Hier kommt nun die europäische Kommission ins Spiel. Sie ist verantwortlich für Euratom, also auch für den Schutz der Bevölkerung.

Bekanntlich hat die Prodi-Kommission seit 2000 ein umfangreiches Reformprogramm ihrer Dienststellen eingeleitet. Davon betroffen sind auch Euratom und deren Dienststellen in Luxemburg.

Euratom wurde einer neuen großen Generaldirektion mit dem Akronym TREN einverleibt, in der Transport und Energie zusammengelegt wurden. Generaldirektor mit Sitz in Brüssel ist der Franzose François Lamoureux. Der ehemalige und höchst fachkundige Euratom-Direktor Gmelin wurde durch Direktor C. Waeterloos ersetzt, vormalig im Direktorat für Kohle und Öl tätig. Mit dieser Reorganisation wurde die Energiepolitik mit der Kontrolle im Nuklearbereich zusammengelegt. Ein seltsamer Vorgang, wo der Bock zum Gärtner gemacht wird!

Hauptziel der Prodi-Verwaltungsreform war und ist es, so richtig zu „rationalisieren“. Fazit dieser „Rationalisierung“ bei Euratom war und ist schlicht und einfach, dass die Zahl der Kontrollen über die Verwendung des Kernmaterials reduziert wird.

Auf Beamtenebene liegt nun der Entwurf einer Kommunikation der Kommissarin de Palacio auf dem Tisch. Hier wird auf 22 Seiten im schönsten Beamtenjargon versucht, zu begründen, weshalb nun die Kontrollen drastisch herabgesetzt werden sollen, und zwar folgendermaßen:

- Für Reaktoren eine Inspektion pro Jahr anstatt bisher fünf;
- Für Anreicherungsanlagen nur noch sechs Inspektionen pro Jahr anstatt zwölf;
- Für die Herstellung von MOX-Brennelementen sechs bis zwölf Inspektionen pro Jahr anstatt bisher 52;
- Für die Behandlung von gebrauchten Brennelementen zwölf bis 18 Inspektionen pro Jahr anstatt bisher 52!

Die Begründung für diese Rosskur ist erstaunlich: weil die bisherigen Inspektionen gegriffen haben, kann man sie jetzt einschränken!

Ein anderer Aspekt der „Rationalisierung“ ist der permanente Austausch der Inspektoren im Rotationsverfahren, wohl mit der bestbekanntesten Begründung der Mobilität und der Flexibilität. Zudem werden Posten im Inspektionsbereich nicht oder nur schleppend neu besetzt. Ein fachliches Know-how aufzubauen wird schwieriger. Der Ruf der hochspezialisierten Euratom-Inspektoren, der weltweit anerkannt war, wird durch solche Verwaltungspraktiken in Frage gestellt.

Das dicke Ende kommt nach: die Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 bringt 40 neue Nuklearanlagen in die EU ein. Für deren Kontrolle benötigt Euratom 15-20 Personen mehr. Sie werden aber nicht eingestellt. Dagegen sollen die Inspektionen in den heutigen Mitgliedsländern reduziert werden, um somit Personal für die neuen Mitgliedsländer loszueisen. Eine unverantwortliche Vorgehensweise in einer Zeit, wo mehr denn je eine Kontrolle des hochsensiblen und gefährlichen Spaltmaterials notwendig ist. Die durch die Prodi-Kommission eingeleitete Auszehrung der Schutz- und Kontrollmöglichkeiten des Euratom-Vertrags ist einfach nicht akzeptabel.

* Der Autor ist Abgeordneter der LSAP